

Inhalt der Sitzung vom 22.11.2004

TOP Ö 1 Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 und Nachtragswirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2004

Bürgermeister Huckele nannte eingangs der Beratungen die wesentlichen Daten des vorliegenden Zahlenwerks. Als gravierend bezeichnete er eine kurz vor Fälligkeit der 4. Rate (15.11.) notwendige Anpassung einer Gewerbesteuervorauszahlung. In Summe belaufen sich die Gewerbesteuereinnahmen auf voraussichtlich 1.740 Mio. Euro; dies bedeutet gegenüber dem Jahr 2003 (2,032 Mio. Euro) trotz Anhebung des Hebesatzes einen markanten Ausfall. Des Weiteren negativ zu Buche schlug die Minderung bei der Einkommensteuerbeteiligung, die den Ansatz um 159.000,-- Euro unterschritt. Plante die Kämmerei ursprünglich eine umgekehrte Zuführung i.H.v. 500.000,-- Euro, musste der Ansatz für die Zuführung vom Vermögens- an den Verwaltungshaushalt nun mit 1.024 Mio. Euro mehr als verdoppelt werden. Auch die zunächst angedachte Aufstockung der Rücklage fiel dem negativen Finanztrend zum Opfer. Anstatt der erhofften Zuführung von 200.000,-- Euro bleibt es nun beim Stand zum 31.12.2003 mit 304.000,-- Euro. Als kleinen Lichtblick nannte Bürgermeister Huckele die Geltendmachung von in Vorleistung erbrachten Planungskosten für das Gebiet „Gässeläcker“. Hier konnte die Gemeinde noch im laufenden Jahr einen Betrag i.H.v. ca. 230.000,-- Euro einfordern. Des Weiteren positiv verbuchte das Gemeindeoberhaupt die Tatsache, dass im Jahr 2004 keine weitere Schuldenaufnahme erforderlich war, sondern man im Gegenteil 145.000,-- Euro der bestehenden Verbindlichkeiten tilgen konnte. Auf die Gemeindewasserversorgung eingehend, stellte Bürgermeister Huckele fest, dass der Erfolgsplan mit einem Verlust von ca. 50.000,-- Euro schließt. Verantwortlich hierfür sind insbesondere die Kosten des Wasserbezugs sowie die Fremdkosten zur Behebung von Rohrbrüchen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) stellte fest, dass sich der zurückliegend negative Trend mit dem vorliegenden Nachtragsplan fortsetzt. Verantwortlich hierfür sei primär die allgemein angespannte Wirtschaftslage, die sich u.a. in den massiven Einbrüchen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer widerspiegelt. Zur Finanzierung des Haushalts ist die Gemeinde auf den Verkauf von Immobilien angewiesen, was Gemeinderätin Schuster als nicht unproblematisch einstufte, da diese Einnahmequelle endlich ist. So hoffte sie auf ein baldiges Durchschreiten der aktuellen Talsohle und eine Stabilisierung der Gemeindefinanzen. Auf einzelne Posten des Nachtragsplans eingehend, hinterfragte sie u.a. die gesunkenen Einnahmen aus der Vermietung der örtlichen Mehrzweckhalle. Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass die Halle auch weiterhin voll ausgelastet ist, jedoch weniger kostenpflichtige Anmietungen erfolgten. Zudem hinterfragte Gemeinderätin Schuster die Bestattungskosten. Wie der Bürgermeister feststellte, ist man hier gerade in der Neukalkulation begriffen. Auf die Finanzierung des ÖPNV eingehend, bat Gemeinderätin Schuster, den Stadtbuss im zuständigen Ausschuss nochmals zu thematisieren. Gleichfalls im Ausschuss diskutiert wissen, wollte sie die angedachte Ausgleichsmaßnahme am Hüttenweg. Diesbezüglich verwies Bürgermeister Huckele auf eine Beratung in der Landwirtschaftskommission. Dort hatte man die aktuellen Planungen, bis auf ein Mitglied, einstimmig befürwortet. Nicht unerwähnt lassen wollte er die Tatsache, dass die Finanzierung der Ausgleichsmaßnahme nicht in die Alleinzuständigkeit der Gemeinde fällt, sondern zu einem großen Teil durch die Erschließungskosten des Baugebiets „Keesgrieb“ gedeckt ist. Auf die geplante Errichtung von 2 Urnenstelen auf dem Friedhof eingehend, bat Gemeinderätin Schuster um Mitteilung des aktuellen Sachstands. Bürgermeister Huckele informierte über ein anstehendes Gespräch mit einer Fachfirma, dessen Ergebnis dann im zuständigen Ausschuss vorgestellt wird. Abschließend hinterfragte Gemeinderätin Schuster den Zeithorizont zur Realisierung der geplanten Spielplätze in den Gebieten „Keesgrieb“ und „Gässeläcker“. BAL Boxheimer informierte, dass der Spielplatz „Keesgrieb“ aktuell in der Planung begriffen ist. Mit dem Beginn der Maßnahme ist voraussichtlich im Spätsommer 2005 zu rechnen.

Die Anlage im Gebiet „Gässeläcker“ kann frühestens im Jahr 2006 in Angriff genommen werden. Auf die Gemeindewasserversorgung eingehend, konnte Gemeinderätin Schuster dem Nachtragswirtschaftsplan ihr Einvernehmen erteilen. Für die Zukunft regte sie jedoch an, die Nachtragssatzung und den Nachtragswirtschaftsplan ggf. in einer Ausschusssitzung vorzubereiten.

Gemeinderat Franz Streck (PL) bezeichnete den Nachtragsplan als „Stunde der Wahrheit“ in der sich zeigt, ob die Haushaltsansätze zu Beginn des Jahres richtig veranschlagt wurden oder aber eine Korrektur erforderlich ist. Auch er verwies auf die allgemein verschlechterte Finanzlage. So habe man in erheblichem Maße Mindereinnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer zu beklagen, was sich in einer hohen negativen Zuführung widerspiegelt. Schlussendlich sei man jedoch gezwungen, mit den verbleibenden Mitteln zu haushalten. Auf einzelne Positionen des Zahlenwerks eingehend, hinterfragte er die Kosten des neuen Boule-Platzes am Antoniusweg, der mit 10.000,- Euro zu Buche schlägt. Bürgermeister Huckele informierte, dass ein erheblicher Teil dieser Kosten aus inneren Verrechnungen für Bauhofleistungen resultiert und die tatsächlich verausgabten Kosten zum weit überwiegenden Teil durch die Förderung im Rahmen des Regiosponsorings der Firma AstraZeneca gedeckt wurden. Abschließend plädierte auch Gemeinderat Streck für eine nochmalige Diskussion des Themas Stadtbuss im zuständigen Ausschuss. Bürgermeister Huckele sicherte dies zu, sobald die neuen Fahrgastzahlen vorliegen.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) nannte eingangs seiner Ausführungen gleichfalls die relevanten Haushaltsdaten und machte deutlich, dass es Ziel sein muss, in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen. Dies jedoch auch ohne die Veräußerung gemeindeeigener Grundstücke. Er mahnte, den „Ausverkauf des kommunalen Tafelsilbers“ nicht zu forcieren. Als äußerst bedenklich stufte er die Tatsache ein, dass die Gemeinden letztes Glied in der Finanzkette sind und insbesondere vom Land nicht mit den notwendigen Mitteln zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben ausgestattet werden. Entlastungen, die dem Land zu Gute kommen, werden nicht oder nur zu einem sehr geringen Prozentsatz an die Kommunen weitergegeben. Dass in Zeiten knapper Kassen alle ihren Beitrag zu einer Konsolidierung leisten müssen, scheint ersichtlich. Es kann jedoch nicht so sein, dass sich die Gemeinden zu Tode sparen und ihren Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Belastungen auferlegen, während das Land kommunale Mittel zur Finanzierung des Landeshaushalts verwendet. Gemeinderat Schneider stimmte dem vorliegenden Nachtrag und dem Nachtragswirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung zu. Für die Zukunft sah er jedoch einigen Regelungsbedarf.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) sieht die Gemeindefinanzen in der tiefsten Krise seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland. Hieran konnte auch die bereits in einigen Schritten umgesetzte Reformpolitik der Bundesregierung (u.a. bei der Gewerbesteuer) nichts ändern. Evtl. Verbesserungen zu Gunsten der Kommunen wurden in vollem Umfang wieder durch die massiven Gewerbe- und Einkommensteuerausfälle kompensiert. Bei den Gewerbesteuererträgen monierte Gemeinderat Hohl den Umstand, dass gerade auch große Unternehmen durch entsprechende Verlagerungen das örtliche Steueraufkommen massiv beeinflussen. Das Jahr 2003 bezeichnete er als schwärzestes Jahr für die Gemeindefinanzen, summiert sich die kommunalen Defizite doch zwischenzeitlich in Milliardenhöhe. Auch im Jahr 2004 stellt sich die Situation nicht wesentlich verbessert dar. Bereits bei der Planaufstellung 2004 verwies die GLP darauf, dass der Gemeindehaushalt lediglich durch den Verkauf von gemeindeeigenen Baugrundstücken finanziert werden kann. Dieser Trend könne so nicht fortgesetzt werden, warnte er vor einem mittelfristigen Ausverkauf der kommunalen Ressourcen. Folge der Finanzmisere sei u.a. die notwendige Aufnahme von Kassenkrediten mit entsprechend hohen Zinsbelastungen. Spielraum zur Verbesserung der Einnahmesituation sah die GLP u.a. durch den Verkauf von Gewerbegrundstücken im Gebiet „Nord-West“. Hier bedarf es aus Sicht Gemeinderat Hohls einer nachdrücklicheren Vermarktung. Zumal die GLP

bereits der Planaufstellung 2004 nicht zustimmen konnte, enthalte sie sich auch bei der vorliegenden Nachtragssatzung der Stimme.

Auf die Gemeindewasserversorgung eingehend, hinterfragte Gemeinderat Hohl zunächst die Absicht, den Verzicht auf Gewinnerzielung aufzugeben. RAL Schneider informierte, dass man diesbezüglich bereits in konkreten Überlegungen begriffen ist. Ein entsprechender Vorschlag wird dem Ratsgremium demnächst unterbreitet. In Folge hinterfragte Gemeinderat Hohl eine mögliche künftige Eigenförderung, ggf. mit einem Kooperationspartner. Bürgermeister Huckele informierte zunächst, dass der aktuelle Wasserlieferungsvertrag mit der Stadt Schwetzingen noch bis Ende des Jahres 2007 läuft. Würde eine Eigenförderung ins Auge gefasst, so hätte dies erhebliche finanzielle Aufwendungen zur Folge. Hier verwies er u.a. auch auf die veraltete Technik der seit 1981 stillgelegten Anlage. Insofern bedarf es zu gegebener Zeit einer genauen Kalkulation der günstigsten Lösung.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) thematisierte nochmals die massiven Gewerbesteuerbrüche und monierte hier insbesondere die Entwicklung beim größten Plankstadter Unternehmen, der Firma AstraZeneca. Die Unternehmensstruktur folgt dabei in zunehmendem Maße einer allgemein vorherrschenden Globalisierung und reduziert Entscheidungen vor Ort auf ein verschwindend geringes Maß. Für die Kommune bedeutet dies nur schwer kalkulierbare Größen. Gleichwohl gilt es verantwortungsvoll zu wirtschaften und die Gemeindefinanzen zu ordnen.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung verabschiedete das Ratsgremium die Nachtragssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004 bei 2 Enthaltungen der GLP.

Dem Nachtragswirtschaftsplan der Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2004 entsprachen die Ratsmitglieder mit einstimmigem Votum.

TOP Ö 2 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Gässeläcker“ - 1. Änderung im vereinfachten Verfahren (Satzungsbeschluss)

Der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Gässeläcker“ sind am 15.04.2004 in Kraft getreten. Im Rahmen der Erörterung des Umlegungsplanes mit den Eigentümern haben sich diverse Änderungsnotwendigkeiten im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes ergeben, die u. a. auch eine Änderung in den planungsrechtlichen Festsetzungen erforderlich machen. Zudem wurden Änderungen aufgrund nicht eindeutiger Formulierungen in der Ursprungsfassung erforderlich. Der Gemeinderat erteilte vorgenannten Änderungen bereits in seiner Sitzung am 20.09.2004 sein Einvernehmen und beschloss die diesbezügliche Planänderung im vereinfachten Verfahren.

Die Änderungsentwürfe wurden in Folge vom 01.10.2004 bis 02.11.2004 öffentlich ausgelegt. Bei der Beteiligung der Öffentlichkeit und der gleichzeitig durchgeführten Beteiligung der Behörden wurden hierzu keine Stellungnahmen vorgebracht, so dass in der vergangenen Ratssitzung die Satzungsbeschlüsse gefasst werden könnten.

Bei der Behandlung des obigen Tagesordnungspunktes war Gemeinderat Andreas Wolf (CDU) als Grundstückseigentümer im Plangebiet befangen. Er nahm daher im Zuhörerraum Platz und wirkte weder beratend, noch beschließend mit.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) konnte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung entsprechen, wurde den Fragen, Wünschen und Anregungen der künftigen Eigentümer doch in größtmöglichem Maße Rechnung getragen.

In die nunmehrige Überplanung seien dabei einige durchaus sinnvolle Punkte eingeflossen.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) äußerte sich in gleicher Weise und lobte das Ergebnis der Abstimmung zwischen den Bauherren und der Kommune.

Auch Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) hatte gegen die angedachte Überplanung keine Einwände, handelt es sich doch lediglich um Anpassungen, die nichts an der Grundkonzeption ändern. Als kleinen Wehrmutstropfen bezeichnete sie die Tatsache, dass hinsichtlich der Bewirtschaftung des Niederschlagswassers Grundstücke mit einer massiveren Ausnutzung einen vergleichsweise geringeren ökologischen Beitrag leisten.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) lobte, trotz einiger Kritikpunkte, die grundsätzlich positiven Ansätze der Planung. Da die GLP jedoch bereits den Grundsatzbeschluss zur Planung für das Gebiet „Gässeläcker“ nicht mitgetragen hat, wird sie sich auch im vorliegenden Fall der Stimme enthalten.

Bei 2 Enthaltungen der GLP verabschiedete das Ratsgremium mehrheitlich nach Maßgabe des vorgelegten Entwurfs die 1. Änderung des Bebauungsplanes sowie der örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Gässeläcker“ als Satzung.

TOP Ö 3 Einleitungsbeschluss für die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes im Süden der Gemeinde

In seiner Sitzung am 19.01.2004 hat der Gemeinderat beschlossen, die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes im Süden von Plankstadt mit dem Projektentwicklungsbüro „Am Forsthaus“ aus Neuwied, vertreten durch Herrn Helfried Hoffmann, zu realisieren. Als Vorhabenträger hat Herr Hoffmann nun gemäß Baugesetzbuch einen Antrag auf Einleitung des Bebauungsplanverfahrens gestellt und die erforderlichen Unterlagen vorgelegt. Im Ausschuss vorberaten wurde das Projekt bereits am 14.07.2004. Nachdem sich der Vorhabenträger jedoch nochmals um eine Anbindung des Marktes an die L 544 bemühen wollte und diese erst jetzt vom Straßenbauamt befürwortet wurde, kann dem Gemeinderat auch erst jetzt die endgültige Entwurfsplanung vorgelegt werden konnte.

Zur weiteren Vorgehensweise ist festzustellen, dass nach Beschlussfassung zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchführen ist. Insbesondere zu beteiligen ist auch der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim wegen der parallel durchzuführenden Änderung des Flächennutzungsplanes, der das Plangebiet als Landwirtschaftsfläche ausweist. Durch das Gesetz zur Anpassung des Baugesetzbuches an EU-Richtlinien sind in einem Umweltbericht - als Teil der Begründung zum Bebauungsplan - die Belange des Umweltschutzes besonders zu würdigen. Im Rahmen der Behördenbeteiligung werden die Fachbehörden des Landratsamtes zur Äußerung auch im Hinblick auf den Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aufgefordert.

Der Durchführungsvertrag, in dem sich der Vorhabenträger zur Durchführung innerhalb einer bestimmten Frist und zur Tragung der Planungs- und Erschließungskosten verpflichtet, wird vor dem Satzungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan abgeschlossen.

Eingangs der Beratungen begrüßte Bürgermeister Huckele die Herren Hoffmann und Frey vom Büro Wohnpark am Forsthaus, die in Folge nochmals die wichtigsten Daten des Projektes aufzeigten. U.a. schilderten sie dabei auch die geplante verkehrliche Anbindung des Marktes.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) beurteilte den Anlieferverkehr als problematisch. Hier befürchtete er nicht unerhebliche Belästigungen der Anwohner. Herr Hoffmann verwies zunächst auf die generell festgelegten Anlieferzeiten von 6:00 – 22:00 Uhr. Da diese jedoch erfahrungsgemäß nicht immer eingehalten werden können,

entschloss man sich im vorliegenden Fall die Anlieferrampe des Marktes einzuhausen. Die Rampe wird hierbei sowohl seitlich, als auch von oben in geschlossener Bauart von einer Mauer befriedet, was eine erhebliche Schallminderung bedeutet.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) hielt die geschilderte Anbindungsplanung für nicht optimal und hinterfragte die Möglichkeit einer Verlagerung der Rampe, d.h. konkret eine evtl. Anlieferung über den Parkplatz. Herr Hoffmann sah hier keine Möglichkeit einer verbesserten Andienung. Das Anfahren des Marktes über den Parkplatz schied für ihn aufgrund der zu geringen Radien aus. Durch die nunmehrige Option einer Zufahrt von der Alten Oftersheimer Landstraße her habe man eine vergleichsweise optimale Lösung erzielt, die unnötiges Rangieren (z.B. bei einer Andienung über den Parkplatz) vermeidet. Bei Bedarf bot er zudem an, ein Schallschutzgutachten erstellen zu lassen, das die Einhaltung bestehender Grenzwerte nachweist. Ein evtl. „Drehen“ des Marktes zur Optimierung des Anlieferverkehrs hielt Herr Hoffmann für ausgeschlossen, da dann die Anwohner in erheblich größerem Maße durch den Kundenverkehr beeinträchtigt würden.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) hinterfragte die Ausweisung der, im Zusammenhang mit den Planungen erforderlichen Ausgleichsflächen. Herr Hoffmann informierte, dass man bzgl. des Erwerbs dieser Flächen aktuell mit der Gemeindeverwaltung in Kontakt steht. RAL Schneider bezifferte die Größe der zu erbringenden Ausgleichsflächen auf ca. 17 ar.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) erfragte die künftige Lage dieser Flächen. RAL Schneider informierte, dass man bemüht ist, diese nah am Projekt (evtl. im Bereich des Alsheimer Weges, o.ä.) auszuweisen. Abschließend erkundigte sich Gemeinderat Hohl nach der erforderlichen Umweltprüfung. Zu deren Durchführung wird nach Aussage von Herrn Hoffmann auf Kosten seines Büros ein Fachplaner beauftragt.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach Beginn bzw. Fertigstellung der Arbeiten. Herr Hoffmann nannte den 01.10.2005 als vertraglich festgelegten Eröffnungstermin. Des Weiteren hinterfragte Gemeinderätin Breitenbücher die optische Gestaltung des Marktumfeldes, da es sich dabei um den exponierten südlichen Eingangsbereich handelt. Herr Hoffmann informierte, dass auch hier eine Fachfirma mit der Grünflächenplanung beauftragt wurde, wobei deren Entwürfe mit der Gemeinde abzustimmen sind. Die künftige Pflege der Außenanlagen obliegt nach Auskunft von Herrn Hoffmann seinem Büro, wobei die Kosten zu Lasten des Mieters gehen. Abschließend erkundigte sich Gemeinderätin Breitenbücher, welcher Marktkette die Firma Netto angehört. Herr Hoffmann informierte, dass es sich um ein eigenständiges Unternehmen mit bundesweit ca. 1.300 Märkten handelt.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) hinterfragte, inwieweit in dem geplanten Lebensmittelmarkt auch Fremdanbieter (sog. Franchisenehmer) vorgesehen sind. Herr Hoffmann teilte mit, dass dies momentan nicht der Fall ist. Das Angebot wird lediglich von der Firma Netto gestellt, wobei im Markt, z.B. auch frische Backwaren angeboten werden können - dies jedoch nicht von einer eigenständigen, externen Bäckereifiliale. Gemeinderat Hohl befand, dass die Untervermietung an evtl. künftige Franchisenehmer (z.B. bei einem neuen Pächter, bzw. Änderung des Marktkonzeptes) jedoch nicht auszuschließen ist. Herr Hoffmann bejahte dies.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erkundigte sich, inwieweit die Firma Wohnpark im Bereich des zu errichtenden Marktes bereits heute evtl. Expansionsüberlegungen anstellt. Herr Hoffmann teilte mit, dass dies nicht der Fall ist.

In Folge beantragte die CDU-Fraktion eine kurze Unterbrechung der Sitzung. Nach Wiederaufnahme der Beratungen bat Gemeinderätin Schuster im Namen ihrer Fraktion um Einzelabstimmung.

Es folgten die abschließenden Stellungnahmen der Fraktionen.

Gemeinderat Kolb (CDU) machte deutlich, dass sich die CDU-Fraktion mehrheitlich für den neuen Markt im Süden Plankstadts ausspricht. Dessen Notwendigkeit bezeichnete er, nachweislich des Ergebnisses der beauftragten

CIMA-Studie, als unstrittig. Zu berücksichtigen gelte es jedoch auch die Interessen der Anwohner, die durch den neuen Markt keine vermeidbaren Nachteile erfahren dürfen.

Gemeinderat Waldecker (PL) bezeichnete die vorliegende Planung als nachvollziehbar, verwies jedoch gleichfalls auf die bestehenden Rechte der Anwohnerschaft. Hier gelte es, eine Interessenabwägung vorzunehmen. Im Ergebnis wertete er den geplanten Verbrauchermarkt im Süden Plankstadts als sinnvoll und wichtig, weshalb er dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen konnte.

Gemeinderätin Wacker (SPD) freute sich, dass die Realisierung des Marktes nunmehr konkrete Formen annimmt. Die Diskussionen zur Anlieferung bezeichnete sie als eher unverständlich, da ihr die Planungen in diesem Punkt schlüssig erschienen. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die angedachte Einhausung. Einem evtl. „Drehen“ der Planungen erteilte sie eine Absage, da dies einen größeren Flächenverbrauch zur Folge hätte. Die Erforderlichkeit eines Verbrauchermarktes zur Verbesserung der Versorgungssituation im Süden Plankstadts bezeichnete sie als unstrittig. Auch seien keine direkten Konflikte mit dem örtlichen Einzelhandel zu befürchten, da aktuell keine Franchisenehmer in Überlegung stehen. Im Übrigen hoffte sie auf die Einhaltung des genannten Zeitplans, was Herr Hoffmann jedoch schon aus finanziellen Eigeninteressen zusagte.

Gemeinderat Hohl (GLP) stellte fest, dass sich seine Fraktion bereits im Kommunalwahlkampf für einen anderen Standort (Ortskern) ausgesprochen hat und insofern die vorliegende Planung ablehnt. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin sah er durchaus eine Konkurrenzsituation für den örtlichen Einzelhandel. Zudem monierte er den erheblichen Flächenverbrauch und die gravierende Bodenversiegelung der aktuellen Planungen. Auf die Beratungen im zuständigen Ausschuss verweisend, sah er zudem die Gefahr einer evtl. künftigen Gebietserweiterung, wobei nach deren Bau die B 535 als südliche Grenze nicht auszuschließen ist. Auf die allgemeine Wirtschaftslage eingehend, sah Gemeinderat Hohl für die nunmehrige Ansiedlung des Netto-Marktes ein gewisses Risiko, da andere renommierte Ketten dem Plankstadter Standort eine Absage erteilt haben. Herr Hoffmann stellte hierzu fest, dass die Absage möglicher anderer Betreiber nicht im Standort, sondern vielmehr der bereits erfolgten Ansiedlung in den unmittelbaren Nachbargemeinden begründet ist. Die Befürchtung einer unerwünschten Gebietserweiterung konnte er insofern entkräften, als die verbleibende, aktuell ausgewiesene Fläche (ca. 4.800 m² incl. Sendestation der US-Streitkräfte) ohnedies keine Ansiedlung eines weiteren Vollsortimenters ermöglicht. Hierzu wäre ca. die 3-fache Größe erforderlich. Zudem liegt es in der alleinigen Planungshoheit der Kommune, evtl. Expansionen zu entsprechen oder diese abzulehnen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) warnte davor, den Ortskern zu vernachlässigen. Hier gelte es, sich verstärkt um die Attraktivierung der Ortsmitte zu bemühen. In besonderem Maße gelte dies auch für die Vielzahl an Leerständen, wobei er sich gerade in diesem Punkt ein verstärktes Engagement der Gemeinde wünschte.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung befürwortete das Ratsgremium bei 2 Gegenstimmen der GLP und 2 Gegenstimmen sowie 1 Enthaltung der CDU die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zur Ansiedlung eines Verbrauchermarktes im Süden von Plankstadt auf der Grundlage der vom Vorhabenträger Herrn Helfried Hoffmann (Projektentwicklungsbüro Am Forsthaus aus Neuwied) eingereichten Unterlagen.

TOP Ö 4 Bauantrag

Mit einstimmigem Votum wurde dem Bauantrag zum Umbau des Wohnhauses mit Gaubenerrichtung auf dem Grundstück Flst.Nr. 422, Eppelheimer Str. 33 entsprochen.

TOP Ö 5 Bekanntgaben, Anfragen

1. Kindergartenplanung

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) erkundigte sich nach den aktuellen Belegungszahlen der Kindergärten. Zudem erfragte sie die Möglichkeit einer Ausweitung des Angebotes für Kinder unter 3 Jahren.

HAL Knörzer informierte, dass die Verwaltung aktuell die diesbezüglichen Daten erhebt und dem Gremium als Fortschreibung der bestehenden Kindergartenplanung präsentiert. Hinsichtlich einer Ausweitung des Angebotes für Kinder unter 3 Jahren gelte es, neben der, aktuell zu ermittelnden freien Kapazitäten in den 3 örtlichen Einrichtungen auch den zusätzlich notwendigen Bedarf durch die neuen Baugebiete (Siedlung; Keesgrieb; Gasseläcker) zu berücksichtigen. Bürgermeister Huckele gab bei letzterem das Finanzierungsproblem zu bedenken.

2. Hortbetreuung an den örtlichen Schulen

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) hinterfragte die Möglichkeit eines evtl. nochmaligen Vorstoßes zur Einrichtung einer Hortbetreuung an den örtlichen Schulen.

HAL Knörzer informierte, dass eine entsprechende Umfrage noch in diesem Jahr geplant ist. Nachdem die, bereits zu Beginn des Schuljahres 2004/05 in Überlegung stehende Einrichtung eines solchen Angebotes mangels Interesse gescheitert ist, soll nun den Eltern nochmals frühzeitig die Möglichkeit gegeben werden, einen entsprechenden Bedarf anzumelden.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) dankte der Verwaltung für deren Bemühen um eine frühzeitige Rückmeldung der Eltern, damit bei entsprechendem Interesse zum nächstmöglichen Zeitpunkt ein solches Angebot geleistet werden kann.

3. Außenfassade der Gaststätte „Roadies“

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) verwies auf die aktuell, mit einer großflächigen Werbung versehene Außenfassade der Gaststätte „Roadies“ und erkundigte sich, inwieweit diese nur temporär angebracht ist oder aber für einen gewissen Zeitraum Bestand haben soll.

Bürgermeister Huckele wusste um die Problematik und teilte mit, dass man den Sachverhalt bereits dem Landratsamt Heidelberg zur Prüfung weitergeleitet hat.

4. Gastspiel der Theatergruppe aus Castelnau-le-Lez

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) lobte das gelungene Gastspiel der Theatergruppe aus Castelnau-le-Lez im Evangelischen Gemeindesaal und dankte in diesem Zusammenhang der Mitinitiatorin, Gemeinderätin Jutta Schuster, für deren Bemühen um einen Auftritt des französischen Ensembles. Zudem galt sein Dank Frau Ingrid Ghiani, die in der Gemeindeverwaltung für Partnerschaftsfragen zuständig zeichnet sowie allen Gastfamilien, die den Darstellern einen gelungenen Aufenthalt ermöglichten.

5. Umleitungsbeschilderung Ecke Eisenbahnstraße/Schwetzingen Straße

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf ein Umleitungsschild im Bereich Ecke Eisenbahnstraße/Schwetzingen Straße und hinterfragte dessen Notwendigkeit.

BAL Boxheimer sicherte eine Prüfung des Sachverhalts zu.

6. Bänke/Abfallbeseitigung im Außenbereich

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) thematisierte die Abfallbeseitigung im Außenbereich. Konkret monierte sie den stets überfüllten Papierkorb neben der Bank im verlängerten Hasenpfad. Sie stellte in Überlegung, die Papierkörbe ggf. ganz zu entfernen und die Bürgerinnen und Bürger auf eine eigenverantwortliche Entsorgung der mitgebrachten Abfälle zu verweisen.

Bürgermeister Huckele hielt dies für nicht praktikabel.

7. Heimatbrief 2004

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) verwies auf den mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandten Heimatbrief 2004. Sie hielt die Jahreschronik für äußerst gelungen und dankte Gemeindecarchivar Ulrich Kobelke in diesem Zusammenhang für dessen engagierte Arbeit.

8. Neue Fahrbahnmarkierung im Bereich der „Spinne“ (Ladenburger-/Leopold-/Grenzhöfer-/Wieblinger-/Bürgermeister-Helmling-Straße)

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf ihre diesbezügliche Eingabe in der vergangenen Ratssitzung und hinterfragte nochmals die Möglichkeit einer zeitnahen Realisierung.

Bürgermeister Huckele informierte, dass man nach Prüfung mit den aktuell noch freien Mitteln eine vorgezogene endgültige Bahnmarkierung/Gestaltung ermöglichen kann. BAL Boxheimer informierte zudem über den Planungsstand und die weitere Vorgehensweise.

9. Verschmutzung der Feldwege

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) monierte eine übermäßige Verschmutzung der Feldwege und hinterfragte in diesem Zusammenhang die vor geraumer Zeit von kommunaler Seite bezuschusste Anschaffung einer Kehrmaschine für die örtliche Bauernschaft.

Gemeinderat Hans-Peter Helmling (CDU) stellte als Landwirt hierzu fest, dass man aktuell in der Zuckerrübenabfuhr begriffen und insofern eine gewisse Verschmutzung der Feldwege unvermeidbar ist. Das Wegenetz wird jedoch nach Ende der Abfuhr in den nächsten Tagen gründlich gereinigt, was auch zurückliegend während des Jahres in regelmäßigen Abständen erfolgte.

10. Nutzung der Freifläche vor dem Caritas-Altenzentrum

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) verwies auf den nächstjährigen Übergang der Trägerschaft des örtlichen Altenzentrums zum Caritasverband des Rhein-Neckar-Kreises. In diesem Zusammenhang hinterfragte er die künftige Nutzung des nunmehrigen Freigeländes vor dem Neubau.

Bürgermeister Huckele informierte, dass noch keine konkreten Planungen bestehen. Sollten sich die dahingehenden Überlegungen konkretisieren, werden die Planungen jedoch mit der politischen Gemeinde abgestimmt.

11. Westumfahrung Grenzhof

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezog sich auf eine Anfrage aus der vergangenen Ratssitzung, den Bau der Westumfahrung Grenzhof betreffend. Hier war nach Aussage des Bürgermeisters für den 18.11.2004 ein Gespräch mit der Stadt Heidelberg bzgl. der weiteren Vorgehensweise anberaunt, erkundigte er sich nach dem Ergebnis dieser Unterredung.

Bürgermeister Huckele sicherte zu, das betreffende Gesprächsprotokoll zur nächsten Sitzung aufzulegen.

12. Zustand des Weges in der Castelnau-le-Lez-Anlage

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) monierte den schlechten Zustand des Weges in der Castelnau-le-Lez-Anlage und bat um Abhilfe.

Bürgermeister Huckele sicherte eine Prüfung zu.

13. Neuabschluss des kommunalen Stromversorgungsvertrages

Bürgermeister Huckele informierte das Ratsgremium über den kürzlich erfolgten Neuabschluss des kommunalen Stromversorgungsvertrages. Wie er mitteilte, erfolgte eine gemeinsame Ausschreibung mit den Nachbargemeinden unter Federführung der Gemeinde Brühl. Von den zwei eingereichten Angeboten konnte eines aufgrund formeller Fehler nicht gewertet werden. Diese Tatsache erscheint jedoch insofern unerheblich, da es sich ohnedies um das schlechtere der beiden Angebote handelte. Den Zuschlag erhielt die Arbeitsgemeinschaft der EnBW/Stadtwerke Heidelberg, deren Angebot sich auf 9,98 Cent/Kilowattstunde belief (seitheriger Satz: 8,43 Cent/Kilowattstunde). Die Laufzeit des neuen Vertrages beträgt 36 Monate und verlängert sich bei Nicht-Kündigung automatisch bis zum festgelegten Vertragsende im Jahre 2009. In Folge ist dann ein Neuabschluss erforderlich.